

~~TOP SECRET~~
Public

DIE ANSTALT

Faktencheck!



„Die Rentenanstalt“
vom 06. Februar 2026

Mit Maike Kühl,
Max Uthoff,
Claus von Wagner und
Abdelkarim

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 6. Februar 2026

(Stand: 06.02.26 16:00)

„Rentenkommission“	3
„Rentenkatastrophe“	14
„Riester“	22
„Frauen und Rente“	31
„Beamtenpension“	31
Impressum	318

„Rentenkommission“

Die (Rentenkommission) soll bis Mitte des Jahres Vorschläge erarbeiten, wie wir die Rente generationengerecht reformieren.

„Die Kommission wird sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung sowie der Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen und privaten Altersvorsorge befassen (...) Die Kommission soll ihre Empfehlungen bis Ende des zweiten Quartals 2026 vorlegen. Eine gesetzgeberische Umsetzung der Empfehlungen kann im Anschluss erfolgen.“

Quelle: BMAS Rentenkommission 2026

Das sind zunächst mal Professoren und Abgeordnete, die den verschiedenen Parteien der Regierungskoalition nahestehen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Quelle: BMAS Einsetzung der Alterkommission.pdf

Aber vor allem die gehören se alle zu der Partei: „ick bin nicht auf gesetzliche Rente angewiesen“.

Professoren müssen als Beamte nicht in die gesetzliche Rente einzahlen und beziehen im Ruhestand eine Pension, die sich aus dem letzten Gehalt errechnet

beamten-infoportal

Einige Mitglieder der Kommission haben evtl. Anspruch auf gesetzliche Rentenzahlungen, z.B. hat Frank-Jürgen Weise (Vorsitzender der Kommission) seit etwa 2016/2017 das Renteneintrittsalter erreicht.

„Der Verkauf seiner Aktien sicherte ihm finanzielle Unabhängigkeit (...) in den Hochzeiten des Neuen Marktes um die Jahrtausendwende brachte er dann mit Microlog Logistics noch vor dem großen Platzen der Blase ein eigenes Start-up an die Börse.“

Quelle: FAZ Rente Frank Jürgen Weise

Seit Dezember 2024 ist er Mitglied im Aufsichtsrat von Thyssen-Krupp Steel.

Quelle: Thyssenkrupp Steel

Die jährliche Grundvergütung beträgt etwa 70.000 €.

Quelle: Presseportal

„Wenn er sich zwischen den Beamten bewegt, tut er so, als sei er einer von ihnen. Er sieht mit seinem akkuraten Äußeren auch aus, als sei er einer von ihnen.

Aber er ist es nicht. Hinter der Fassade des biederer Behördenleiters, ein Wort, dass er äußerst ungern hört, verbirgt sich der Geist eines liberalen Marktwirtschaftlers mit konservativen Wertvorstellungen, der die öffentliche Hand nur dort zupacken lassen will, wo sie es seiner Meinung nach besser kann als ihr privates Gegenstück.

Weise ist damit so etwas wie der Wolf im deutschen Beamtenpelz.“

Quelle: FAZ

Prof. Jörg Rocholl - Der Wirtschaftswissenschaftler ist Präsident der internationalen Wirtschaftshochschule ESMT Berlin und hat dort die "Deutsche Bank Professur in Sustainable Finance". Als Professor einer privaten Hochschule erhält man keine staatlichen Pensionszahlungen.

Seit 5/2024 ist er Mitglied des Aufsichtsrats der RWE AG. Für diese Aufgabe hat er von Mai bis Dezember eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 66 000 Euro bekommen

Quelle: RWE Media

„Die ESMT Berlin wurde im Jahr 2002 von 25 weltweit führenden Unternehmen und Organisationen gegründet.

Airbus Group Allianz SE Association of German Chambers of Industry and Commerce e.V. (DIHK e.V.) Axel Springer SE Bayer AG Bayerische Motoren Werke AG Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.

Deutsche Bank AG Deutsche Lufthansa AG DHL Group Deutsche Telekom AG E.ON SE
HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
McKinsey & Company, Inc. Mercedes-Benz Group AG Münchener Rückversicherungs-
Gesellschaft AG Robert Bosch GmbH RWE AG SAP SE Siemens AG The Boston
Consulting Group thyssenkrupp AG TRATON AG"

Quelle: <https://esmt.berlin/> & <https://esmt.berlin/about/founders>

Wir haben den Ansatz verstanden, das sind halt Professoren mit Pensionsanspruch.

Quelle: [Bundesministerium für Arbeit und Soziales \(BMAS\) & Altersversorgung der verbeamteten Hochschullehrenden.pdf](#)

Dann gibt's ja auch noch Abgeordnete och mit Pension ...

„Die Altersentschädigung schließt die Lücke in der Altersversorgung, die für Abgeordnete dadurch entsteht, dass sie im Parlament tätig sind und dafür auf eine andere, eine Altersversorgung begründende Berufstätigkeit ganz oder teilweise verzichten müssen. Denn für die Abgeordneten werden während der Mandatszeit keine Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung abgeführt. Die Zeit der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag gilt auch nicht als Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts der Beamten. Nach dem ersten Jahr beträgt sie 2,5 Prozent der Abgeordnetenentschädigung und steigt mit jedem weiteren Jahr der Mitgliedschaft um 2,5 Prozent an.

Die Abgeordnetenentschädigung beträgt seit dem 1. Juli 2025 monatlich 11.833,47 Euro.“

Quelle: [Bundestag/Abgeordnete/MdB Diäten](#) & [Bundesministerium für Arbeit und Soziales \(BMAS\)](#)

Interessant ist übrigens auch, wer nicht in der Kommission sitzt: Sozial- und Wohlfahrtsverbände.

Der Sozialverband Deutschland kritisiert an dieser Zusammensetzung, „dass die Perspektive von Betroffenen komplett fehlt. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier hält dazu fest: „Wir können nachvollziehen, dass solch ein Gremium personell

nicht überbesetzt sein sollte, allerdings halten wir es für unabdingbar, dass auch die Praxisseite gehört wird und die Interessen der Menschen an der Basis einfließen. Hier können Sozial-, Wohlfahrts- und Fachverbände sicher wertvollen Input geben.“

Quelle: Sozialverband Deutschland

Ähnlich klingt die Kritik an der Zusammensetzung der Rentenkommission im Jahr 2005. Im Unterschied zu heute waren damals 4 Gewerkschaftsvertreter/innen dabei.

„In diese „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ wurden neben knapp zwei Dutzend Professoren, Unternehmern und Vertretern der Finanzwirtschaft lediglich vier Vertreter/innen der Gewerkschaften berufen – sichtbarer Ausdruck des Einflusses, den die Schröder-Regierung den Organisationen der abhängig Beschäftigten zuzugestehen pflegte.

Das Experten-Gremium entwickelte jedenfalls hurgig „die Neuordnung der steuerlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen“ als Grundlage eines Alterseinkünftegesetzes (AltEinkG), das zum 1. Januar 2005 in Kraft trat und bis heute gilt. War bis dahin „nur“ der sogenannte Ertragsanteil der Altersrente – je nach Lebensalter bei Renteneintritt zwischen etwa 27 und 35 Prozent – der Einkommenssteuer unterworfen, so wurde mit dem neuen Gesetz die „nachgelagerte Besteuerung“ der Renten eingeführt, deren Höhe sich ausschließlich nach dem Kalenderjahr des Renteneintritts richtet.“

Quelle: Publik Verdi Ausgabe-2018-07

Dem Namen nach ist der Caritasverband vertreten, denn der SPD Kandidat Georg Cremer war von 2000 bis 2017 Generalsekretär des Caritasverbands. „Der frühere Generalsekretär des Caritas-Verbandes, Georg Cremer, hat sich als Volkswirt viel mit dem Thema Altersarmut auseinandergesetzt“

Quelle: T-Online

„Es ist bemerkenswert, dass die SPD ihn nominiert hat. Cremer hat sich zur Fortführung der 48-Prozent-Haltelinie beim Rentenniveau, die die SPD durchgesetzt hat, kritisch

geäußert. Er plädiert immer wieder für mehr Gerechtigkeit „ohne neue Schuldenberge“

Quelle: Tagesspiegel

Zitat Georg Cremer: „Ich bin ja 2000 Generalsekretär des Caritasverbands geworden und hatte als Ökonom gelegentlich Ansichten die ich als Ökonom für sozial hielt aber viele Caritäter für ein bisschen neoliberal und Martin Werding haben wir immer wieder gebeten, uns zu beraten“

Quelle: Youtube

Nene, ihr Medienfuzzis habt doch auch alle ne extra Versorgung. Pensionskasse Rundfunk.

Die Pensionskasse Rundfunk bietet eine Altersversorgung für freie Mitarbeiter bei der der Arbeitgeber Beiträge in eine Zusatzvorsorge einzahlt

Quelle: Pensionskasse-Rundfunk

Festangestellte Mitarbeiter der Rundfunkanstalten haben eine arbeitgeberfinanzierte Zusatzvorsorge über die Pensionskasse Baden Baden

Quelle: bbp

Na ihr Brashkis?! Seid ihr behämmert am Rente discussen?

„Ein CDU-Politiker wagt sich an eine neue Herausforderung: die Sprache der Generation Alpha. Ein am Sonntag auf TikTok veröffentlichtes Video zeigt Philipp Amthor, wie er versucht, im Gen-Alpha-Slang zu sprechen. Zwar benötigt er anfangs einige Anläufe, doch nach ein paar Übungseinheiten scheint er den Dreh rauszuhaben: "Der Brashki ist behämmert am Tweaken, Yessirski!"

Quelle: Focus & TikTok @insidecd�/video

Wir von der jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion wollen, dass das Rentenniveau weiter sinkt und die junge Generation nicht übermäßig mit Beiträgen belastet wird. Stichwort Generationengerechtigkeit.

Milliarden an Folgekosten nach 2031 seien nicht vom Koalitionsvertrag gedeckt und "gegenüber der jungen Generation nicht zu rechtfertigen"

Quelle: Tagesschau & Spiegel

Ausschnitt Sendung Mai 2024

Umlageverfahren heißt, du kriegst am Ende auch mehr Rente! Wenn du mehr einzahlst, erwirbst du selbst höhere Rentenansprüche im Alter.

„Umlagefinanzierung → ein Finanzierungssystem, bei dem die durch Beiträge aufgebracht Mittel sogleich in die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen umgelegt werden.... In der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet Umlageverfahren, dass die Beitragszahler nicht einen Kapitalbestand für ihre eigene Rente aufbauen wie beim Kapitaldeckungsverfahren (siehe dort), sondern die Bezüge der aktuellen Rentenbezieher finanzieren. Sie erwerben nur einen Anspruch auf eine spätere eigene Rente.“

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung & Deutsche Rentenversicherung

„Die Alterssicherung in der Bundesrepublik beruht auf dem Kerngedanken, dass ein Erwerbstätiger, der in jedem Jahr durchschnittlich verdient und dementsprechend Beiträge in die Rentenkasse abführt, am Lebensabend ebenfalls eine durchschnittliche Altersrente erhalten soll. Arbeiter:innen mit höherem oder geringerem Entgelt stehen in dem Konzept vor und nach dem Eintritt in den Ruhestand an unveränderter Position in der Einkommenshierarchie. Um dies zu gewährleisten, sammeln die Arbeiter:innen während ihres Erwerbslebens „Entgeltpunkte“, wobei ein Durchschnittsverdiener jährlich einen Entgeltpunkt erwirbt. Individuelle Einkommensabweichungen schlagen sich in gleicher Proportion in den erworbenen Entgeltpunkten nieder: Wer vom halben Durchschnittslohn lebt, bekommt folglich nur einen halben Entgeltpunkt.“

Quelle: Wirtschaftsdienst

Das (Rentenpaket) ist nichts Geringeres als ein, ich zitiere "ein Generationenverbrechen"

„Für INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben zeigen die Ergebnisse, dass die von der Regierung geplante Rentenreform nie kommen darf: „Dieser Regierungsentwurf wäre der größte finanzpolitische Sündenfall, den eine Regierung in Deutschland jemals begangen hat. Er wäre ein fatales Signal an alle künftigen Generationen und an alle Investoren im In- und Ausland.“

Quelle: INSM Pressemitteilungen

„Das Rentenpaket möge den Rentnerinnen und Rentnern kurzfristig Verlässlichkeit suggerieren, es binde die Bundesfinanzen aber langfristig an eine substanzielle Verpflichtung von fast einer halben Billion Euro, so Alsleben: „Das ist kein Generationenvertrag, das ist ein Generationenverbrechen.“

Quelle: wa.de

Das ist die Initiative neue soziale Marktwirtschaft. Ich nenn die "Interessengruppe Neoliberaler Spakos der Metallbranche." Dat sind die Lautsprecher der Arbeitgeber.

„Ihre Arbeit wird ausschließlich finanziert von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie, vertreten durch den Dachverband Gesamtmetall. Die Initiative hat die Rechtsform einer GmbH, sie heißt INSM — Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“

Quelle: INSM

Wenn wir das Rentenniveau nicht weiter weiterabsenken, sondern bei 48% stabilisieren wie jetzt, bekommen alle eine ordentliche Rendite von 3,5 Prozent.

„Rentenpaket macht Rentenversicherung auch für Jüngere attraktiver, belastet aber Bundeshaushalt - Simulationsergebnisse für verschiedene Geburtsjahrgänge zum Rentenpaket 2025 der Merz-Regierung“

Quelle: IMK Hans-Boeckler Stiftung

Das macht die Rentenversicherung auch für Jüngere attraktiver, sagt das IMK.

Quelle: IMK Hans-Boeckler Stiftung

Das sind doch diese gierigen Gewerkschafter Die wollen doch IMK – immer mehr Knete... Scherz.

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung ist ein Institut der Hans-Böckler-Stiftung, die wiederum ein Forschungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Quelle: IMK Hans-Böckler-Stiftung

Für die Jungen liegt die Rendite sogar noch höher als für die Baby Boomer jetzt.

Das IMK hat untersucht, welche Effekte das Rentenpaket auf die individuelle Rente von Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung hat. Dabei werden mit einem dynamischen Rentenversicherungsmodell (DyReMo) die makroökonomischen Größen einschließlich des aktuellen Rentenwerts nach aktueller Gesetzeslage simuliert. In einem zweiten Schritt werden basierend auf diesen Ergebnissen die interne Rendite für Männer und Frauen aus Westdeutschland verschiedener Geburtsjahrgänge von 1940 bis 2010 errechnet.

Quelle: IMK Hans-Böckler-Stiftung

Und es könnte noch besser sein, wenn man mehr Geld reinsteckt.

Quelle: IMK Hans-Böckler-Stiftung

Ein System wird nicht besser, wenn man mehr Geld hineinwirft. Das sagen alle Wirtschaftsexperten, auch die Gescheit...Gescheiterten.

Wirtschaftsweise Grimm warnt vor Kollaps des Rentensystems

Quelle: MDR

Das Kapital" und seine Bedeutung

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Ausschnitt Sendung Mai 2024

Ich zahle gar keine 9,3%, sondern gemessen an dem, was ich verdiene... 4,2 Prozent. Das liegt an der Beitragsbemessungsgrenze. In Deutschland zahlen Sie maximal 702,15 Euro Rentenbeitrag im Monat - ganz egal ob Sie 10, 20 oder 50.000 Euro verdienen!

Der Beitrag zur Rentenversicherung für Arbeitnehmer im Jahr 2024 beträgt 9,3 Prozent des monatlichen Bruttolohns.

Quelle: Allianz & Stiftung Warentest

Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung steigt 2024 auf monatlich 7.550 oder jährlich 90.600 Euro. Das heißt alle Einkommen, die höher sind zahlen nicht mehr 9,3% vom Bruttolohn, sondern einen fixen Beitrag. Der prozentuale Anteil des Rentenbeitrages am Lohn wird also immer kleiner. Link: Deutsche Rentenversicherung

Im Osten €100 weniger im Monat

Quelle: Allianz

„Wenn Ihr monatliches Gehalt in den alten Bundesländern (West) über 7.550 Euro liegt, werden Ihnen als Arbeitnehmer monatlich maximal 702,15 Euro

Rentenversicherungsbeitrag vom Bruttogehalt abgezogen. Die Beitragsbemessungsgrenze Ost beträgt 7.450 Euro im Monat oder 89.400 Euro im Jahr. Liegt Ihr monatliches Gehalt in den neuen Bundesländern (Ost) über 7.450 Euro, werden Ihnen als Arbeitnehmer monatlich maximal 692,85 Euro Rentenversicherungsbeitrag vom Bruttogehalt abgezogen.“

Quelle: Allianz

In Deutschland zahlen sie maximal 702,15 Euro Rentenbeitrag im Monat - ganz egal, ob sie 10, 20 oder 50.000 Euro verdienen!

Die Sozialversicherungsrechengrößen 2026 siehe unter:

Quelle: Deutsche Rentenversicherung & Bundesregierung

Die Reichen zahlen nicht nur prozentual weniger Beitrag, sondern kriegen auch noch länger Rente - im Schnitt 22 Jahre.

Quelle: Sozialpolitik Aktuell/ Einkommen-Lebenserwartung.pdf & vpv Versicherungen

Weil die Reichen sich dafür entschieden haben länger zu leben.

Quelle: Sozialpolitik Aktuell/ Einkommen-Lebenserwartung.pdf

Und unserer einer stirbt schon nach 14 Jahren Rente wegen der härteren Maloche und schlechterer Lebensbedingungen.

Kleine Rente-kurzes Leben

Quelle: MPG Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Quelle: Sozialpolitik Aktuell/ Einkommen-Lebenserwartung.pdf

Hier subventionieren die Armen die Reichen.

„Dabei ist zu beachten, dass ein Rentensystem nach dem Äquivalenzprinzip, in dem die monatlichen Rentenauszahlungen proportional zu den eingezahlten Beiträgen sind, nur dann verteilungsneutral ist, wenn alle Personen im gleichen Alter in Rente gehen und die gleiche Lebenserwartung haben.

Die Unterschiede in der Lebenserwartung nach Lebenslohneinkommen führen jedoch dazu, dass Personen mit einem höheren Lebenslohneinkommen länger Rente beziehen werden, also im Verhältnis zu ihren gezahlten Beiträgen mehr Rentenzahlungen erhalten.“

Quelle: DIW & Bundesregierung Beitragsgemessungsgrenzen

Sendung Mai 2024

Aber es gibt ne Umfrage, da sagen 70% der jungen Arbeitnehmer, dass sie für mehr gesetzliche Rente auch mehr einzahlen würden...

Um das gesetzliche Rentensystem zu stabilisieren und für höhere Renten zu sorgen, würde ein Großteil der Bevölkerung ggf lieber höhere Rentenbeiträge zahlen als noch später in Rente zu gehen. Befragte zwischen 18 und 39 Jahren tendieren mit 70 Prozent sogar besonders häufig zu höheren Beiträgen.

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund & TAGESSPIEGEL

Wenn Sie den Rentenbeitrag erhöhen, dann erhöht sich auch automatisch der Rentenbeitrag des ArbeitGEBERs, der ja die andere Hälfte zahlt. Diese höheren Sozialabgaben zwingen dann den ArbeitGEBER dazu Leute zu entlassen und dann gibt es noch weniger Arbeitnehmer, die die Beiträge einzahlen können.

18,6 Prozent (9,3 Prozent Arbeitgeberanteil und 9,3 Prozent Arbeitnehmeranteil; bei geringfügiger Beschäftigung (Minijob) im gewerblichen Bereich oder im Privathaushalt abweichend).

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Die hohen Unternehmenssteuern und Sozialabgaben sind oft der Hauptgrund der Investoren, Deutschland als neuen Markt auszuschließen.

Quelle: Online Lehrbuch BWL

Wer Wohlstand für die Bürger sichern will, muss jetzt bei den gewaltigen Sozialausgaben ansetzen, fordert die WELT.

Quelle: Welt

In Österreich zahlt der Arbeitnehmer einen höheren Rentenbeitrag als wir. Sie denken wieder nur an die Arbeitnehmer, aber WAS ist mit den ArbeitGEBERN?! ...

Die zahlen da einen NOCH HÖHEREN Beitrag

Die Beiträge zur österreichischen Rentenversicherung („Pensionsversicherung“) betragen 22,8 Prozent Ihrer sozialversicherungspflichtigen Einkünfte aus Erwerbstätigkeit (bis zur Höchstbeitragsgrundlage). 12,55 Prozent davon zahlt Ihr Arbeitgeber. Ihr Arbeitnehmeranteil von 10,25 Prozent wird direkt vom Bruttoentgelt abgezogen.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung & Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Der Beitragssatz liege seit 1988 unverändert bei 22,8 Prozent, wobei die Arbeitgeber für 12,55 Prozent aufkommen, die Arbeitnehmer für 10,25 Prozent.

Quelle: WSI & Hans Böckler Stiftung

„Rentenkatastrophe“

(In Österreich zahlt der Arbeitnehmer einen höheren Rentenbeitrag als wir! 10,25 % - die Arbeitgeber zahlen 12,55%). Rechnet man die Beiträge zusammen sind das 22,8 Prozent.

„Finanziert wird dieses stärkere Leistungsniveau über höhere Beitragssätze (Österreich: 22,8%; Deutschland: 18,6%) und höhere Bundesmittel, die rund die Hälfte des Rentenunterschieds erklären.“

Quelle: Rentenupdate DRV Bund

Die Österreicher geben also insgesamt deutlich mehr (Anteil am BIP) aus für ihre Rentner als Deutschland 18,6%.

„Die Bundesmittel zur Rentenversicherung (Bundesbeitrag, Ausgleichszulagen) betrugen im Jahr 2021 23,82% der Gesamtaufwendungen. 22,80%, davon 10,25% Arbeitnehmer, 12,55% Arbeitgeber. Selbstständige (nach dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz oder

Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz): 22,80% (davon werden 18,5 % durch die Versicherten getragen und 4,3 % durch das Steueraufkommen der Versicherten über den Bund finanziert). Beiträge von nicht-erwerbstätigen Leistungsempfängern werden übernommen. Finanzierung nach dem Umlageverfahren.”

Quelle: [Bundestag Wissenschaftliche Dienste.pdf](#)

Vorbild“ Österreich? Was macht unser Nachbarland anders bei der Rente?

Quelle: [Rentenupdate DRV-Bund](#)

Alterssicherung im internationalen Vergleich

Quelle: [Bundesministerium für Arbeit und Soziales \(BMAS\)](#)

Pensions at a Glance 2025 OECD and G20 Indicators

Quelle: [OECD Reports 2025.pdf](#)

Hier noch Zahlen von 2022 (Geplante Artikel-Aktualisierung lt. Eurostat: April 2026):

Quelle: [EU Eurostat Statistics Explained.pdf](#)

Ebenso Frankreich 27,8% (Karte) Spanien 28,3% (Karte) Italien 33% (Karte) – Und den Großteil davon zahlt der Arbeitgeber.

Quelle: [Tagesschau](#)

Frankreich: „Es wird ein Beitragssatz bis zur Obergrenze der Sozialversicherung angewendet, und ein anderer Beitragssatz kommt ohne Obergrenze zur Anwendung: 15,45% mit Obergrenze, davon 6,90% Arbeitnehmeranteil, 8,55% Arbeitgeberanteil. Obergrenze 2023: €3.666 monatlich. 2,30% ohne Obergrenze, davon 0,40% Arbeitnehmeranteil, 1,90% Arbeitgeberanteil. System, das auf dem Umlageverfahren beruht.”

Quelle: [Bundestag Wissenschaftliche Dienste.pdf](#)

Spanien: „Beitragsabhängige Leistungen: finanziert durch Sozialbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern; Globalbeitrag für Sozialschutz (ausgenommen Arbeitslosigkeit und

Arbeitsunfälle): 28,3%, davon 4,7% Arbeitnehmer, 23,6% Arbeitgeber. Seit 1. Januar 2023 wird ein Beitrag von 0,6% addiert, wenn die Verpflichtung besteht, Altersbeiträge zu leisten, davon 0,1% Arbeitnehmer, 0,5% Arbeitgeber. Der Staat finanziert die garantierten Beträge zum Erreichen der Mindestrente (pensión mínima) des Beitragssystems. Beitragsunabhängige Leistungen: finanziert durch den Staat; Verwaltet auf einer Umlagebasis; Schaffung eines einzelnen Stabilitätsfonds für das gesamte System der sozialen Sicherheit.”

Quelle: [Bundestag Wissenschaftliche Dienste.pdf](#)

Italien: “Altersrenten sind versicherungsgebunden und werden überwiegend durch Sozialversicherungsabgaben finanziert, welche ebenfalls Invaliden- und Hinterbliebenenrenten decken. Die Sozialbeitragssätze sind: – für Arbeitnehmer im Privatsektor: 33%, davon 9,19% gezahlt vom Arbeitnehmer und 23,81% (...) gezahlt vom Arbeitgeber (....) Der SSN (Krankenversicherung) wird über nationale und regionale Steuern (von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu entrichtende Steuer plus ein Aufschlag auf die Einkommensteuer) sowie über Zuzahlungen der Patientinnen und Patienten finanziert.

Quelle: [Bundestag Wissenschaftliche Dienste.pdf](#) & [OECD Pensions at a glance.pdf](#)

In diesen Ländern bekommen Sie ja auch im Schnitt zwischen 70 und 85 Prozent ihres Gehalts als Rente.

Alterssicherung im internationalen Vergleich

Quelle: [Bundestag.pdf](#)

In Deutschland sind es gerademal 53%. Det ist weit unter Durchschnitt der OECD-Länder.

„Der spezifische Deutschland-Part zeigt: Für künftige Durchschnittsverdienende ergibt sich eine Nettoersatzquote von 53,3 Prozent – klar unter dem OECD-Mittel. Mit angenommener freiwilliger Vorsorge von vier Prozent des Einkommens steigt die Quote auf 68,0 Prozent. Deutschland weist im Vergleich eine geringe Umverteilung zugunsten

niedriger Einkommen auf. Die Grundrente erhöht die Ersatzquote von Geringverdienenden lediglich um vier Prozentpunkte. Länder wie Australien und Kanada erzielen bei Geringverdienenden deutlich höhere Quoten von über 80 Prozent.”

Quelle: DIA-Vorsorge & OECD

Auch bei Geringverdienern liegen wir ganz hinten.

Pensions at a Glance 2025 OECD and G20 Indicators

Figure 4.5. Net pension replacement rates: Low and high earners, in percentage; S.169

Quelle: OECD Reports/2025.pdf & DIA-Vorsorge

Ja, die anderen Länder geben sehr viel mehr aus für ihre Auslaufmodelle.

Deutschlands Rentenausgaben liegen gemessen am Bruttoinlandsprodukt einen Prozentpunkt unter dem EU-Durchschnitt.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMSA)

„In einer Reihe von Jahren sind nicht mehr genug junge beitragszahlende Menschen da, die in der Lage sind, die Summen aufzubringen, die zur Ernährung einer immer größer werdenden Zahl von Alten nötig werden.“ (Das Zitat ist von) Gustav Hartz. Ein deutschnationaler Politiker in der Weimarer Republik Der hat schon 1932 vor der Vergreisung Deutschlands gewarnt.

“Diese „Vergreisung“ unseres Volkes hat eine dauernd steigende Zahl der Rentner und eine fortgesetzt steigende Rentenzahlungsdauer und absinkenden Beitragseingang im Gefolge. In einer Reihe von Jahren sind nicht mehr genug junge beitragszahlende Menschen da, die in der Lage sind, die Summen aufzubringen, die zur Ernährung einer immer größer werdenden Zahl von Alten nötig werden.”

Hartz, G. (1932): Die national-soziale Revolution – Die Lösung der Arbeiterfrage, München S. 148

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Presseseminare 2023

„Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit“: Darin stellte Gustav Hartz zahlreiche Fragen, die Neoliberale und Wirtschaftslobbyisten bis heute umtreiben, wenn sie den Sozialstaat kritisieren, auch wenn er noch nicht dieselben Antworten (z.B. Einführung der Praxisgebühr) wie sie gab: „Geht man nicht bedenkenlos ein Dutzend Mal zum Arzt, wenn einmal genügt – nur weil es die Kasse bezahlt?“ Hartz sah überall „Faulenzer und Drückeberger“ am Werk, wie der neu geschaffene Versicherungszweig überhaupt für die Arbeiter „kein gutes Geschäft“ darstelle.

Quelle: [Download E-bookshelf Butterwegge.pdf](#)

„Dina Frommert ärgert es, „wenn ein Kollaps herbeigeredet wird, der sich aus den Zahlen nicht ableiten lässt“. Die Leiterin der Abteilung Forschung und Entwicklung der Deutschen Rentenversicherung Bund räumt mit dem Mythos auf, dass die Rente immer teurer wird. In einer sich entwickelnden Volkswirtschaft sei es wenig sinnvoll, bei solchen Rechnungen mit Nominalbeträgen zu argumentieren, die nicht an die Inflation angepasst sind, so die Sozialwissenschaftlerin.“

Quelle: [vorwaerts](#)

Die demografische Belastung steigt – aber weniger als in der Vergangenheit!

Quelle: [Deutsche Rentenversicherung Presseseminare 2023 & RV Aktuell & bpb](#)
[Demografischer Wandel](#)

Das heißt die Rente steuert schon seit 100 Jahren auf die demografische Katastrophe zu? Ja. Und zwar immer wieder: 1966 warnt eine Bundestagskommission vor dem Rentenbergr, der die Altersversorgung bedrohe.

„Als im Rahmen menschlichen Ermessens sicher darf gelten, dass das Verhältnis der Alten zur Zahl der bisher als wirtschaftlich Aktive bezeichneten Personen bis etwa 1980 erheblich zunehmen (...) wird. (...) Der „Rentenberg“ in den Jahren unmittelbar nach 1975 ist für die finanzielle Stabilität der Altersversorgung von entscheidender Bedeutung. (...) In jedem Fall ist also von einer kräftig steigenden Belastung auszugehen, die bereits in den nächsten Jahren beginnt und (...) im Rentenbergr kulminiert.“

Bogs, W./Achinger, H./Meinhold, H./Neundörfer, L./Schreiber, W. (1966): Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sozialenquôte-Kommission, Bonn, S. 165f

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Presseseminare 2023

1985 prophezeit der Spiegel: „Rente in Gefahr. Die Last wird zu groß“

Quelle: DER SPIEGEL

„Von der Rentenkrise in die Staatskrise? Alles abwiegelnde Gerede von den sicheren Renten kann nicht vernebeln, daß die Altensicherung in den Bankrott steuert. Mit Reparaturen wie bisher lassen sich die Renten nicht sanieren.“

Quelle: DER SPIEGEL

Umlagefinanzierte Alterssicherung funktioniert – auch wenn die Bevölkerung altert

Quelle: DIFIS

2004 sagt die Bundesregierung: Die Alterung mache die sozialen Sicherungssysteme künftig unbezahlbar.

... deshalb hat die Regierung Schröder das Renteneintrittsalter auf 67 erhöht und mit dem Nachhaltigkeitsfaktor ein Element in die Rentenformel eingeführt, das den Anstieg der gesetzlichen Rente dämpft bzw an die schrumpfende Zahl der Erwerbstätigen anpasst. „Die Rentenreform der Bundesregierung ist unter Dach und Fach. Der Bundestag hat das Gesetz mit der Mehrheit von SPD und Grünen verabschiedet. Nach der Reform müssen vor allem junge Deutsche künftig viel stärker privat für den Ruhestand vorsorgen.“

Quelle: DER SPIEGEL

Grundlage für die Reform war der Bericht der sogenannten Rürup Kommission „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“. Darin heißt es auf S.51:

„Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme hängt maßgeblich von der demografischen und ökonomischen Entwicklung ab. Vor allem die Alterung wirft Probleme bei der Finanzierung der umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme auf: Immer weniger Jüngere müssen die Leistungen für immer mehr Ältere aufbringen, das gilt in besonderem Maße für die Rentenversicherung...Vor diesem Hintergrund zeichnen sich mittel und vor allem langfristig große Herausforderungen hinsichtlich der nachhaltigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ab“

Bericht der Kommission

Quelle: [Sozialbeirat.pdf](#)

„Der mit den Schlagworten „Privatisierung“, „Eigenverantwortung“ und „Beitragsentlastung“ umschriebene Umbau des Sozialstaates macht vor der Rentenversicherung nicht Halt. Die Rentenversicherung als der mit Abstand bedeutendste Sektor in der sozialen Sicherung, die durch die Verknüpfung von Beitragszahlungen und Rentenleistungen nahezu die gesamte Bevölkerung umfasst, wandelt ihr Gesicht. Unter dem Diktat der Beitragssatzstabilität wird es in den nächsten Jahren zu einem deutlichen Abfall des Rentenniveaus kommen. Die private Vorsorge wird die entstehenden Lücken nicht ausgleichen können.“

Quelle: [WSI.pdf](#)

Studie über den Einfluss auf die Entstehung der Riesterrenten: Finanzlobby im Auftrag des Geldes/ Wie die Finanzlobby in Deutschland die Politik beeinflusst.

Quelle: [Finanzwende-Recherche.pdf](#)

Die langfristige Finanzierbarkeit der deutschen Sozialversicherungssysteme ist angesichts des sich rapide zuspitzenden doppelten Alterungsprozesses nicht gewährleistet; Beitrag von Bernd Raffelhüschen

Quelle: [Schader-Stiftung](#)

Ausschnitt Sendung 2014

Von 1900 bis ins Jahr 2000 hat sich die Zahl der Jugendlichen halbiert und die Zahl der Rentner verdreifacht.

Quelle: Deutschlandfunk Kultur & IGZA Institut für Geschichte und Zukunft der Arbeit

Und was haben wir in der Zeit gemacht? Unsere Sozialsysteme ausgebaut und unseren Lebensstandard gesteigert.

Quelle: Deutschlandfunk Kultur

Das hier ist ungefähr die Wirtschaftskraft von Deutschland im Jahre 1950. So, das waren goldene Zeiten, da mussten wir von diesem Kuchen nur 14% an die Rentner abgeben. So, heute müssen wir über 20% (Stand: 2014) an die Rentner abgeben.

“Der Kuchen” repräsentiert das Bruttoinlandsprodukt (BIP) - die in dem Archiv-Beitrag genannten Zahlen “14% in der 50er Jahren, bzw. 20% im Jahr 2014” beziehen sich auf die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung. Der Anteil des Rentenbeitrags am Gehaltskuchen betrug früher 14% später 20%, bezogen auf das den Kuchen der Volkswirtschaft insgesamt, betrug der Anteil der Ausgaben der GVR betrug im Jahr 1957 6,4% und im Jahr 2014 9,1%

Quelle: Statistik-Rente RV in Zeitreihen

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1950 bis 2024

Quelle: de.statista

Entwicklung Anteil der Beitragssätze

“Die Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung sind seit Jahren konstant: Seit 2018 liegt der Beitragssatz bei 18,6 %. In den Jahren zwischen 1990 (18,7 %) und 2011 (19,9 %) hat es mehrfach Schwankungen des Beitragssatzes gegeben, die aber insgesamt nicht stark ausgeprägt waren.”

Quelle: Sozialpolitik-Aktuell

Das wäre ein Problem, wenn wir glauben, dass der Kuchen immer gleich groß geblieben ist.

Quelle: [Deutsche Rentenversicherung RV in Zeitreihen.pdf](#)

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1950 bis 2024

Quelle: [de.statista](#)

Entwicklung der volkswirtschaftlichen Daten siehe unter:

Quelle: [Statistik-Rente RV in Zeitreihen](#)

„Riester“

Das ist zehn Jahre her. Inzwischen ist der Kuchen (BIP) nochmal um 45% gewachsen.

Bruttolöhne und -gehälter, Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen; Rentenversicherung in Zeitreihen Oktober 2025; S.283; Den Link zum Download findet man hier:

Quelle: [Statistik-Rente DRV](#)

So hat sich das Rentenniveau seit den 70ern entwickelt: ...

Das Renteniveau ist seit den 70ern um über 20 Prozent gesunken.

Quelle: Rentenversicherung in Zeitreihen Oktober 2025, Entwicklung des Standardrentenniveaus allg. RV; S.256

Den Link zum Download findet man hier: [Statistik-Rente DRV](#)

Entwicklung des Netto-Rentenniveaus vor Steuern 1990 – 2030

Quelle: [Sozialpolitik-Aktuell.pdf](#)

Man muss die Rente natürlich ins Verhältnis setzen zur Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Das Stück Kuchen, das die Rentner bekommen ist den letzten Jahren sogar kleiner geworden. Aktuell kriegen sie um die zehn Prozent der Wirtschaftsleistung.

„Deutschland wendet nach Daten der Bundesregierung aktuell einen geringeren Anteil seiner Wirtschaftskraft für die gesetzliche Rente auf als noch 2009 – trotz einer wachsenden Zahl von Rentnerinnen und Rentnern. Das geht aus der Antwort des BMAS auf eine Anfrage der Partei BSW im Bundestag hervor. Demnach schoss der Bund 2009 rd. 3,3 % des Bruttoinlandsprodukts zur gesetzlichen Rente zu. Die Ausgaben der gesetzlichen RV entsprachen 10,1 % des BIP. 2022 lagen die Bundesmittel für die gesetzliche RV bei 2,8 % der Wirtschaftskraft und die Ausgaben aus den Rentenkassen bei 9,3 %.

In absoluten Zahlen sind sowohl die Bundesmittel für die Rentenkassen als auch deren Ausgaben seit 2009 stark gestiegen (...) Doch wuchs das nominale BIP noch stärker, nämlich von knapp 2,5 Billionen EUR auf knapp 3,9 Billionen EUR. Der Anteil für die Rente ging also zurück. Mehrere Rentenreformen haben schrittweise das Rentenniveau gesenkt, um die Beiträge stabil zu halten.“

Quelle: RV-Aktuell

„Die Verteilung ist das Problem-In der ganzen Rentendebatte geht es letztlich um etwas anderes: Menschen müssen etwas produzieren, das verteilt werden kann – an Jüngere, Ältere und alle dazwischen. Und genau hier lohnt ein Blick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die folgende Abbildung zeigt: Das Einkommen in Deutschland entwickelt sich eigentlich recht robust – zumindest im Durchschnitt und ausgenommen der letzten Krisenjahre.“

So hat sich unsere Volkswirtschaft entwickelt. So die Löhne und das hier ist die Rente. Hier sieht man alle werden reicher, aber wir Rentner werden abgehängt.
Das Schaubild stammt von Dr. Michael Paetz Universität Hamburg

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften VWL

Ihm liegen folgende Daten zugrunde:

Entwicklung Bruttomonatsverdienste von Destatis.

Quelle: destatis

Entwicklung des Bruttostandardrentenniveaus aus der Statistik der Rentenversicherung:

Quelle: deutsche-rentenversicherung pdf Seite 256

Das reale BIP pro Kopf Bundesbank:

Quelle: bundesbank pdf Seite 4.

Sein Schaubild findet man auch hier:

Quelle: Geld fuer die Welt

Beitragssätze zur Gesetzlichen Rentenversicherung und GRV-Anteil am BIP 1990 – 2024

Quelle: Sozialpolitik-Aktuell

In Österreich, Frankreich und Italien kriegen Rentner ein deutlich größeres Stück vom Kuchen..

Quelle: EC Europa Eurostat

Rhetorisch tun Experten und Journalisten immer so, als wären die Rentner reich und fordern immer wieder ne Senkung des Rentenniveaus.

Quelle: Tagesschau FAQ Rentendebatte

Die Paschulke Kommission stellt fest, dass die gesetzliche Rente zu mickrig ist. Im Vergleich zum Ausland, Im Vergleich zum BIP.

„Im internationalen Vergleich lagen die staatlichen Rentenausgaben im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2020 in Deutschland mit 10,3 % des BIP deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 9 % des BIP, aber nur knapp über dem EU27-Durchschnitt von 9,9 % (OECD, 2021). Damit lag Deutschland auf Rang 11 und im Mittelfeld der 29 OECD-Staaten

mit durchgehender Datenverfügbarkeit. Laut den OECD-Projektionen steigen die staatlichen Rentenausgaben in Deutschland zwar bis zum Jahr 2060 auf 12,5 % des BIP, womit es sich etwas weiter von den Länderdurchschnitten entfernen und auf Rang 10 vorrücken würde. Allerdings läge die projizierte Ausgabenquote in Italien, Österreich, Belgien, Luxemburg, der Slowakei und Slowenien mit jeweils über 14 % des BIP deutlich höher. Im internationalen Vergleich zeichnet sich für Deutschland somit keine außergewöhnlich hohe Belastung ab.”

Quelle: [Sachverstaendigenrat-Wirtschaft.pdf](#)

In ihrem gesegnetem Alter kann man ja schon mal vergessen, dass die gesetzliche Rente ja nur eine Säule der Altersversorgung ist.

Quelle: [Deutsche Rentenversicherung](#)

Sendung April 2017

Und zwar mit Hilfe unserer Privat-Vorsorge! Nur vier Prozent von ihrem Lohn und sie sind dabei!

Quelle: [Riester Deutsche-Rentenversicherung.](#)

Mit Zins und Zinseszins, könnte da gut und gerne 700 Euro Zusatzrente rausschauen!

Studien von Finanzwende über Kampagnen für die Riester-Rente

Quellen: [Finanzwende Recherche](#); [Finanzwende Verbraucherschutz](#); [Finanzwende Recherche Riester](#)

Kritik an der Riester-Rente

Quelle: [Verbraucherzentrale Niedersachsen](#)

Ein Drittel der Riester-Sparer bekommt heutzutage sogar weniger als 40 Euro im Monat.

„Die Auszahlungsstatistiken zeigen zudem ...Fast ein Drittel bekommt sogar weniger als 500 Euro pro Jahr – das entspricht monatlich höchstens 40 Euro. Nur knapp mehr als ein Prozent erhält mindestens 10.000 Euro pro Jahr.“

Quelle: t-online & Hans Boeckler Stiftung & Verbraucherzentrale Wissen Altersvorsorge

Bis zu einem Drittel von dem, was sie da einzahlen, greifen Banken und Versicherungen als Gebühren ab.

„Im Durchschnitt fließt bei der staatlich geförderten Altersvorsorge fast ein Viertel der eingezahlten Beiträge und Zulagen in die Kosten. Bei jeder dritten Police liegen die Gebühren sogar bei 30 Prozent und mehr (...) Die Modellrechnungen machten deutlich, "welche massiven Kostenprobleme es bei vielen Riester-Rentenversicherungen gibt", sagt Britta Langenberg, Vorsorgeexpertin bei Finanzwende: "Am Ende fließt zu viel Geld in die Kostenapparate der Versicherer, für die Altersvorsorge bleibt oft zu wenig übrig." Dies könne nicht Sinn der staatlich geförderten Altersvorsorge sein, so Langenberg.“

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Warum hat Gerhard Schröder den Scheiß eigentlich „Jahrhundertreform“ genannt? ... Na, weil Sie ja hundert werden müssen, damit sichs rentiert...

Quelle: Die Zeit

Finanzwende plädiert für einen echten Systemwechsel: ein staatlich organisiertes Vorsorgeprodukt für alle Bürger*innen, das sich an dem schwedischen Vorsorgefonds orientiert.

Quelle: Finanzwende Verbraucherschutz & Finanzwende Verbraucherschutz Riesterrente

„Die Zahlen des Finanzministeriums zeigen, dass die Riester-Rente nur zu einem mickrigen Taschengeld führt. Ein Sparer muss fast 100 Jahre alt werden, damit der

Vertrag keinen Verlust macht."

Quelle: [t-online](#)

Ich musste jahrelang 9,3% für die Rente zahlen PLUS 4% für Riester macht 13,3 Prozent.

„Für die volle Riester-Zulage müssen Sie pro Jahr den Mindesteigenbeitrag einzahlen. Dieser beträgt 4 Prozent Ihres rentenversicherungspflichtigen Einkommens aus dem Vorjahr, begrenzt auf maximal 2.100 Euro. Von diesem Betrag werden mögliche Zulagen noch abgezogen.“

Quelle: [Riester.Deutsche-Rentenversicherung](#)

Soll det heißen, wenn man ein Prozent mehr in die gesetzliche Rente zahlen sollen, ist das eine Belastung: Wenn man vier Prozent in eine Privatversicherung zahlen sollen, dann ist det...kein Problem?

„Hohe Belastung, mäßige Beteiligung. Mit Einführung der kapitalgedeckten Zusatzvorsorge steigen nach den Berechnungen der Wissenschaftler die finanziellen Aufwendungen markant, die Arbeitnehmer für die Altersvorsorge tragen sollen. Denn Riester-Sparer erhalten zwar einen moderaten staatlichen Zuschuss. Anders als im gesetzlichen Alterssicherungssystem leisten die Arbeitgeber aber keinen Beitrag. So müssen Beschäftigte längerfristig 15 Prozent ihres Bruttoeinkommens für ihre Altersvorsorge aufwenden: 11 Prozent als hälftigen Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung und 4 Prozent für die private Vorsorge. Ohne Riester-Reform wäre der Beitragssatz nach wissenschaftlichen Prognosen bis 2030 auf rund 26 Prozent gestiegen. Die – hälftige – Belastung für die Arbeitnehmer läge also bei nur 13 Prozent.“

Quelle: [Hans Böckler Stiftung](#)

Ich verstehe, warum das für Sie kein Problem ist, weil sich der Arbeitgeber an der Privatvorsorge ja nicht beteiligt.

Riester-Rente > Staatliche Förderung durch Zulagen und Steuerabzug

Nicht der Arbeitgeber, sondern der "Staat gewährt: 175 Euro Grundzulage. „185 Euro Kinderzulage für jedes bis 2007 geborene Kind, für das Kindergeld gezahlt wird, 300 Euro Kinderzulage für jedes ab 2008 geborene Kind, für das Kindergeld gezahlt wird, 200 Euro einmaligen Bonus für Berufseinsteigende vor dem 25. Lebensjahr."

Quelle: kzv

„Zudem stammt die staatliche Förderung aus Steuergeldern, für die alle Bürger*innen aufkommen müssen. Seit dem Start der Riester-Rente bis Ende 2023 kamen so rund 60 Milliarden Euro zusammen. Es muss sich dringend etwas ändern, damit dieses Geld in wirksame Vorsorgemodelle für alle fließt und auch wirklich beim den Sparernden ankommt."

Quelle: Finanzwende

Sie unterstützen da einen bedürftigen Finanzdienstleister, der für sie Geld am Aktienmarkt vermehrt und dafür lediglich ein Drittel ihrer Beiträge in Rechnung stellt.

„Über 16 Millionen Riester-Renten-Verträge haben Banken, Versicherungsunternehmen, Fonds und Wohnriester-Anbieter seitdem abgeschlossen, üppig subventioniert aus Steuergeldern. Für die Sparer*innen springt dabei bisweilen nur ein mickriges Taschengeld heraus. Trotzdem gelang es der Finanzlobby bis heute, die Subventionsmaschine Riester-Rente am Leben zu erhalten – und sogar auszuweiten.

Es war der Bruch mit der Alterssicherung der Nachkriegszeit und der paritätisch finanzierten Rente. Denn während die Arbeitgeber*innen seitdem nur noch ihren gesetzlichen Beitragssatz zahlen müssen, kompensieren allein die Beschäftigten das niedrigere Rentenniveau mit zusätzlichen privaten Vorsorge-Produkten. Davon profitieren vor allem die Anbieter*innen von Versicherungen, Bank- und Fonds-Sparplänen. Die einst guten Leistungen der gesetzlichen Rente hatten ihr Geschäft zuvor eingeschränkt, nun erwarteten sie ein Jahrhundertgeschäft. Ein „Segen für die Finanzbranche“, so die ABN Amro Bank zur Rentenreform.

„Je madiger die Rentenversicherung gemacht wird, umso mehr klingelt das Geld in den Kassen der Allianz. Darum geht es und um sonst nichts.“ Norbert Blüm, CDU, Bundesarbeitsminister 1982 bis 1998

Laut der Volkswirtin Diana Wehlau, die den Einfluss der Finanzlobby auf die Alterssicherung ausgiebig untersucht hat, war die Teilprivatisierung der Altersvorsorge Ergebnis einer langjährigen PR-Kampagne. Versicherungskonzerne, Banken und Kapitalanlagegesellschaften machten Stimmung gegen das umlagefinanzierte Rentensystem und trommelten für die private kapitalfundierte Altersvorsorge als einzig mögliche Antwort auf die alternde Gesellschaft.”

Quelle: Finanzwende-Recherche

Studie über den Einfluss auf die Entstehung der Riesterrenten: Finanzlobby im Auftrag des Geldes/ Wie die Finanzlobby in Deutschland die Politik beeinflusst

Quelle: Finanzwende-Recherche Finanzlobby Im-Auftrag-des-Geldes.pdf

Während sie bei der gesetzlichen Rente ihr Beiträge ohne jede Abzüge einem gierigen Alten in den Rachen schmeißen, der ihr Geld dann hemmungslos im Lebensmittelbereich verpulvert

„Steigende Aufwendungen für die Rente sind nicht schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung. Im Gegenteil: Wenn die Abgaben für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) angehoben werden und die zusätzlichen Mittel eins zu eins in die Rentenzahlung fließen, gibt das Wirtschaftswachstum und Beschäftigung unter dem Strich sogar leicht positive Impulse. Das gilt sowohl für Erhöhungen des Rentenbeitrags als auch für höhere Steuern zur Unterstützung der Rentenkasse.”

Quelle: Hans Böckler Stiftung

Für alle Fälle haben sie ja immer noch die Betriebsrente: die dritte Säule der Altersvorsorge.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Die zahlt jetzt aber nicht der Betrieb allein für mich. Die zahlen sie ganz allein nur über den Betrieb in eine Privatvorsorge ein. Das macht aber nur die Hälfte der Bürger.

„Die betriebliche Altersvorsorge organisiert und führt Ihr Arbeitgeber für Sie durch. Er wählt die Anlageform aus und kümmert sich um die Beitragszahlung.“

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Viele der durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz von 2018 zugelassenen Modelle beruhen zu einem wesentlichen Teil auf Entgeltumwandlung. Bei dieser Form der betrieblichen Altersversorgung finanzieren die Beschäftigten ihre späteren Betriebsrentenansprüche weitgehend selbst. Dafür bleiben ihre Beitragszahlungen bis zu 4 Prozent sozialbeitragsfrei - und bis zu 8 Prozent sogar steuerfrei. Das aber wiederum senkt die Rentenansprüche. Die Deutsche Rentenversicherung kritisiert deshalb diese Form der betrieblichen Altersvorsorge.

Quelle: <https://www.ihre-vorsorge.de/altersvorsorge/nachrichten/betriebsrenten-rentenversicherung-warnt-vor-mehr-entgeltumwandlung>

Betriebliche Alters-vorsorge Arbeit-geber zahlt Zuschuss – aber nicht für jeden

Quelle: Stiftung Warentest Betriebliche Altersvorsorge

Das (betriebliche Altersvorsorge) macht aber nur die Hälfte der Bürger.

Quelle: ZDF Heute

Quelle: aktuelle-sozialpolitik

Ausschnitt Sendung April 2017

Das offiziell in Deutschland propagierte Drei Säulen Modell der Altersvorsorge steht auch im Inland zusehends in der Kritik, weil es in seiner derzeitigen Form teuer und ineffizient ist und nur einen Teil der Bevölkerung absichert

Quelle: ihre-vorsorge

Die OECD kritisiert schon lange das deutsche Rentensystem in Deutschland .

Quelle: [tagesschau](#)

Auch wenn nicht alles Gold ist was glänzt: Aus der Sicht von Österreichs sind die deutschen Renten tatsächlich ein schlechter Witz

Quelle: [igmetall](#)

Quelle: [rentenupdate](#)

„Frauen und Rente“

Es gibt eine große Bevölkerungsgruppe, der es noch schlechter geht. Den Frauen.

Quelle: [Statistisches Bundesamt](#)

Sendung Mai 2024

Gerade wenn die Kinder klein sind, arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit als Männer, nehmen sich öfter Auszeiten für die Familie und arbeiten oft in schlecht bezahlten Jobs.

Quellen : [ZDF Heute](#); [VDK Sozialverband Deutschland](#)

„Beamtenpension“

Der Wert der Care-Arbeit, beträgt nach aktuellen Untersuchungen 1,2 Billionen pro Jahr.

Quelle: [Die Zeit](#)

Er meint die Beamten. Ham sie mal gesehen, was die an Pension kriegen.

Quelle: DBB & BMI Bund Beamtinnen-und-Beamte

Sendung Mai 2024

Die durchschnittliche Rente liegt bei 1.550 Euro.

„Die durchschnittliche Höhe der Bruttoaltersrente für Versicherte mit mindestens 35 Versicherungsjahren beträgt aktuell 1.550 Euro. Dies bedeutet einen Anstieg von 5,7 Prozent gegenüber dem letzten Jahr.“

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Und die durchschnittliche Pension liegt bei 3.250 Euro!

Quelle: Statistisches Bundesamt & Bundesamt des Inneren und für Heimat

Es gibt ja auch kleine Beamte mit ganz kleiner Pension, z.B. ein kleiner Polizist. (...) 2.400 Euro.

Polizeimeister im mittleren Dienst steigen in der Besoldungsgruppe A7 ein.

Quelle: Polizeitest

„Das Gehalt der Polizei liegt durchschnittlich bei 3.050 Euro bei weniger als 3 Jahren Berufserfahrung. Polizisten, die mehr als 3 Jahre, aber weniger als 6 Jahre Berufserfahrung mitbringen, bekommen im Durchschnitt 3.250 Euro. Das Durchschnittsgehalt von Polizeibeamten ab 6 bis 9 Jahren Berufserfahrung liegt bei rund 3.500 Euro und mit mehr als 9 Jahren Berufserfahrung bei etwa 4.200 Euro.“

Quelle: Infoportal des Öffentlichen Dienst

Beispiel: Besoldungstabelle Bundespolizei, Grundgehalt (Monatsbetrag in Euro)

Besoldungsgruppe A7, Stufe 8 > 3298,67 Euro

Maximale Rente (ohne Berücksichtigung möglicher Zulagen) > ca. 2500 Euro (71% von 3298,67 Euro)

Quelle: Gewerkschaft der Polizei & Gewerkschaft der Polizei

Das ist quasi die Maximalrente. Das schafft nur gut 1% der Rentner!

Antwort auf die schriftlichen Fragen an die Bunderegierung, des Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Anzahl und Anteil der Renten wegen Alters mit einem Rentenzahlbetrag von 2.400 Euro/ Monat und mehr > 274.278 Männer und Frauen in Deutschland

Quelle: Bundestag (S.45ff)

21.229.000 Rentenbezieher in Deutschland > 274.278 Männer und Frauen in Deutschland beziehen über 2400 Euro Rente > 1,3 % aller Rentenbezieher

„Schriftliche Frage - Jeder Abgeordnete ist berechtigt, in jedem Monat bis zu vier Fragen zur schriftlichen Beantwortung an die Bundesregierung zu richten.“

Quelle: Deutscher Bundestag

Und Beamte sind im Durchschnitt hochqualifiziert und hochbezahlt! Deshalb sind die Pensionen entsprechend hoch!

„Beamte haben i.d.R. einen vollständigen Erwerbslebenslauf - in die Rentenstatistik fließen aber auch nur vorübergehende oder geringfügige Beschäftigungsverläufe vollständig ein.

Beamte haben gegenüber den übrigen Beschäftigungsbereichen ein deutlich höheres durchschnittliches Qualifikationsniveau (etwa 2/3 mit mind. Fachhochschulabschluss); ein höheres Qualifikationsniveau führt zwangsläufig und völlig legitim zu höheren Bezügen und somit auch zu höheren Versorgungsleistungen.

Quelle: beamtenbund und tarifunion

Angestellter Lehrer, nehmen wir mal an, der hat das gleiche Gehalt wie sein verbeamteter Kollege, dann würde er am Ende 1.731 Euro Rente bekommen und der Beamte 3.214 Euro!

Der Rentenexperte der VDK Michael Popp hat für „Die Anstalt“ eine typisierte Rentenberechnung angestellt. Dabei vergleicht er den Rentenanspruch eines fiktiven

DIE ANSTALT

Angestellten mit der Pension eines Beamten, unter der Prämisse, dass der Angestellte, über sein Erwerbsleben dasselbe Einkommen erzielt, wie sein verbeamteter Kollege.

Pension			
mit 67			
Dienstzeit	42 Jahre		
Ruhegehaltfähige Dienstbezüge inkl. Zulagen	5904		
Nettoverdienst vor Pensionierung	4.259		
Anwendung Korrekturfaktor nach §5 BeamtVG	58		
Versorgungssatz	71,75%		
Pflegeleistungsabzug (nur Bund)	64		
Ruhegehalt brutto	4130	70%	
Lohnsteuer	916		
Summe der Steuern	916		
Netto-Bezüge	3214	78%	
Versorgungslücke	1.045		

Rente		Entgeltpunkthöhe		Summe EP		Rechenwerte	
brutto in Werten von 2023						Durchschnittsentgelt 2023	3595,17
0-10 Jahre	4314	1,2	12			Rentenwert 2)	37,6
10-20 J	4674	1,3	13				
20-30	5033	1,4	14				
30-40	5393	1,5	15				
40-42	5903	1,642	3,284				
		Summe EP	57,284				
Rente brutto		Rente Brutto	2153,88				
		Anteil an Pension	52%				
		KV 2023 (14,6+1,6)/2=8,1	174,46				
		Pflege 3,4	73,23				
		Rente Netto vor Steuern	1906,19				
		Steuer????	175				
Rente netto		GRV Rente netto	1731,19				
		Differenz	1482,81				
		Nettoanteil an Pension	54%				
VBL		Rente aus Zusatzversorgung (VBL) vor Steuern	628,53				
		Rente aus Zusatzversorgung (VBL) nach Steuern	580,53				
		Differenz Rente + VBL zur Pension	902,28				
		Anteil Rente + VBL an Pension	73%				

https://www.steuerberechnung.bayern.de/Altersenkuentfe-Rechner/2023/sekr_formular.asp?VLG=1

Quelle: Zukunftsgestalter

„Ende“

Ah, dann kommt jetzt was zum Thema Migration?

(...) Die Mutter aller Lösungen. (...) Sie sind der Retter der Vergreisten, der Rächer der Rentner, der Held der Hörgeräte, Sie haben die deutsche Altersvorsorge saniert.

Quelle: Die Zeit

Aber vier Millionen von ihnen sind nach Deutschland gekommen.

Quelle: Die Zeit

DAS war die Bevölkerungsprognose im Jahr 2008: Deutschland schrumpft.

Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland S.16

Quelle: BIB Bund.pdf & Ifo Dresden

Dann kamen Sie und ihre Freunde haben diese Kurve mit ihrer Superkraft nach oben gebogen. Wir haben schon jetzt dreieinhalb Millionen Einwohner mehr als gedacht. Und bis 2030 wird Deutschland auf fast 85 Millionen anwachsen.

„Die hohen Wanderungsgewinne von Mitte der 2010er-Jahre bis 2024 haben der Schrumpfung der Bevölkerungszahl entgegengewirkt. Ohne diese Entwicklung wäre die Schrumpfung aufgrund der negativen Differenz zwischen den Geburten und den Sterbefällen unvermeidlich gewesen. Sie haben auch die jungen Jahrgänge gestärkt und zur Verjüngung des Erwerbspersonenpotenzials beigetragen.“

Quelle: Statistisches Bundesamt & Tagesschau & Süddeutsche Zeitung & Statistisches Bundesamt Bevölkerungsvorausberechnung Annahmen Ergebnisse

Mehr Menschen heißt mehr Erwerbstätige. Die Zahl der Beitragszahler ist nicht gesunken, sondern massiv gestiegen.

„Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Deutschen ist in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend gewachsen, um bei der Rentenkasse für zusätzliche Einnahmen zu sorgen. Der deutsche Sozialstaat ist auf Einwanderung und Integration angewiesen.“

Quelle: Sozialverband Deutschland VDK

„Die Zuwanderung wirkt sich positiv auf die Stabilisierung des deutschen Rentensystems aus. Wie neueste Daten zeigen, würden die Beiträge für die Rente ohne Migration sogar noch stärker ausfallen. Das geht aus dem veröffentlichten Versichertenbericht 2024 der Deutschen Rentenversicherung (DRV) hervor.“

Quelle: Frankfurter Rundschau

Die Rente ist deshalb in den letzten Jahren stärker gestiegen als prognostiziert.

Der Anstieg der Beitragszahler- „2022 steigt die Zahl der aktiv Versicherten stärker als in den letzten Jahren an. Am Jahresende gibt es 39,92 Millionen aktiv Versicherte und somit rund 706.000 mehr als ein Jahr zuvor. Der Großteil dieses Anstiegs ist auf den Krieg in der Ukraine zurückzuführen. Im Jahr 2022 gab es 469.000 mehr aktiv Versicherte mit ukrainischer Staatsbürgerschaft also noch 2021.“

Quelle: Versichertenbericht 2024 Statistische Analysen zu den Versicherten der Deutschen Rentenversicherung Datenstand: 31. Dezember 2022

2023 steigt die Zahl der aktiv Versicherten erneut an. „ Am Jahresende gibt es 40,11 Millionen aktiv Versicherte und somit rund 196.000 mehr als ein Jahr zuvor. Der Rückgang der deutschen aktiv Versicherten wird durch den Anstieg ausländischer Versicherter mehr als ausgeglichen.“

Quelle: Versichertenbericht 2025 Statistische Analysen zu den Versicherten der Deutschen Rentenversicherung Datenstand: 31. Dezember 2023

Quelle: Statistik Rente

- > Dämpfung des erwarteten Beitragssatzanstiegs
 - > Rentenerhöhung/ denn die Anzahl der Beitragszahler gegenüber den Rentnern ist der Teil der Rentenformel: Die Zahl der Beitragszahler bestimmt damit mit, wie groß die Rentenerhöhung ausfällt. Steigt sie, steigen auch die Renten.
- Sinkt die Zahl, fällt die Rentenanpassung geringer aus.

Für den Anstieg der Rentenhöhe werden aber v.a diese Faktoren genannt: Mindestlohn und gute Beschäftigungslage allgemein (auch Erwerbstätigkeit von Frauen) > da ist der Grund für jedes Jahr einzeln aufgelistet (S.32 ff)

Quelle: Portal Sozialpolitik.pdf

Rentenerhöhungen 2025

Quelle: Jurawelt

Auch für die jährliche Rentenanpassung spielt das Verhältnis von Einzahlern und Rentenempfängern eine Rolle: Steigt die Zahl der Beitragszahler gegenüber den Rentnern, wird der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor größer. Er ist Teil der Rentenformel und bestimmt damit mit, wie groß die Rentenerhöhung ausfällt. Steigt er, steigen auch die Renten. Sinkt er, fällt die Rentenanpassung geringer aus. Dadurch, dass die Zuwanderung den Rückgang der deutschen Beschäftigten mehr als ausgeglichen hat, schlug der Nachhaltigkeitsfaktor also weniger hart zu.

Quelle: t-online & WSI

Beitragshöhe ist seit 2000 um 0,9% gesunken/ seit 2014 um 0,3 % gesunken, seit 2017 unverändert = stabil, d.h. seit 2017 blieb der erwartete Beitragssatzanstieg aus

Quelle: Sozialpolitik Aktuell.pdf

Impressum

**Zweites Deutsches Fernsehen
Anstalt des öffentlichen Rechts**

ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz

Tel.: 06131/70-0

Fax: 06131/70-12157

E-Mail: info@zdf.de

Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. 1 Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien,
§ 5 Abs. 1 Telemediengesetz:

Intendant

Dr. Norbert Himmeler